



Verband der Westfälischen Einrichtungen stationärer Drogentherapie e.V.

Die westfälischen Drogenkliniken wurden mitten in der Urlaubszeit von einem Rundschreiben der Westfälischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (Deutsche Rentenversicherung Westfalen in Münster) überrascht: Das Schreiben vom 28.07.2010 mit dem Titel: „**Reduzierung der Regeltherapiedauer bei stationären und ganztägig ambulanten Leistungen für Abhängigkeitskranke**“ verkündete in knappen Worten, dass man ab sofort die stationäre Behandlungsdauer der drogenabhängigen Patienten um 4 Wochen von 26 auf 22 Behandlungswochen verkürzen würde.

Der Vorstand des Fachverbands der westfälischen Drogenkliniken WESD e.V. bezeichnet dieses als einen Handstreich, der für die Kliniken weitreichende existenzgefährdende Konsequenzen hat:

Zudem sieht der Verband brisante politische Auswirkungen: Diese Maßnahme der Rentenversicherung und Krankenkassen erhöht deutlich das Therapieplatzangebot in Westfalen. Da seit Jahren 80% der Kliniken nicht mehr voll belegt werden können, schafft diese Therapiezeitverkürzung zudem durch die Hintertür neue Therapieplätze, für die es nach Aussage der Fachleute keine Nachfrage gibt. Von den ca. 500 Betten, die innerhalb des Verband WESD durchschnittlich belegt sind, werden zukünftig 75 Betten wirtschaftlich leer bleiben, weil die Zahl der therapiewilligen Abhängigen geradeso das bisherige Angebot bedient. Das kann bei kleineren Einrichtungen schnell zur Aufgabe der Arbeit und Schließung führen und auch zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Der Verband sieht in der Maßnahme eine Leistungsverkürzung von 15%. Die Auswirkungen:

Es entsteht ein höherer Patientendurchlauf weil die freien Plätze möglichst kostendeckend belegt werden müssen, zudem muss dazu die Akquise verstärkt werden.

Für die auf Therapie angewiesenen Patienten bedeutet die Verkürzung der Behandlungszeit um 31 Behandlungstage: die Psychotherapie wird noch weiter komprimiert, gerade der intensive Behandlungsabschnitt in der Psychotherapie muss abgebrochen werden, um noch eine adäquate Vorbereitung auf die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben und die Gesellschaft zu ermöglichen.

Für die Mitarbeiter entsteht durch die höhere Frequenz der Aufnahmen und Entlassungen zudem eine erhebliche Zunahme der Dokumentation und des Berichtswesens.

Warum die Leistungsträger sich nicht um einen Dialog mit den Klinikleitungen oder dem sie vertretenden Fachverband bemüht haben, versteht der Sprecher des Vorstands Harry Glaeske nicht:

„Auf der fachlichen Ebene bestätigen alle Experten, dass gerade bei Abhängigen von illegalen Drogen die Therapiedauer von entscheidender Bedeutung ist. Wir stehen seit Jahren in einem positiven Dialog mit der Rentenversicherung. Gerade im Bereich der medizinischen Rehabilitation von Drogenabhängigen ist seit 1996 erheblich eingespart worden. Alle Einrichtungen arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze, kaum eine Klinik befindet sich noch betriebswirtschaftlich im grünen Bereich. In anderen Bundesländern liegen zudem die Vergütungssätze deutlich über den nordrhein-westfälischen.“

Diese Punkte sind auch seitens der Wohlfahrtsverbände mit der letzten Landesregierung hinreichend erörtert und bestätigt worden. Damit sieht der Verband auch die neue Landesregierung in der Pflicht, die ursprüngliche Aufgabe der Therapieplatzplanung wieder aufzunehmen und kündigt einen entsprechenden Vorstoß an.

5. August 2010

WESD e.V.
Harry Glaeske
Vorsitzender